

Das Auswärtige Amt zu Gast beim BGA-Außenwirtschaftsausschuss

Der Außenwirtschaftsausschuss des BGA kam am 25. Oktober unter dem Vorsitz von Stefan W. Dircks in Berlin zusammen, um über aktuelle außenwirtschaftlichen Themen zu diskutieren und die Grundposition in diesem Verbandsbereich festzulegen.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand der Austausch mit Miguel Berger, Leiter der Abteilung Wirtschaft und Nachhaltige Entwicklung, im Auswärtigen Amt (AA). Berger legte in seinen Ausführungen die Einschätzungen seines Hauses insbesondere zum Brexit und zur aktuellen Situation in der Türkei dar. Es wurde noch einmal die starke Bedeutung der Türkei als Handelspartner Deutschlands unterstrichen und die großen Bemühungen, den konstruktiven Dialog auch zu kritischen Themen aufrechtzuerhalten. Es bleibe abzuwarten, wie sich die anstehende Modernisierung der Zollunion mit der Türkei ausgestalten lasse. Hinsichtlich des Brexit äußerten die Unternehmen einerseits ihre Sorge vor den absehbaren negativen wirtschaftlichen Konsequenzen, andererseits herrschte aber auch Einigkeit darüber, dass alles getan werden müsse, um ein Auseinanderfallen des europäischen Binnenmarktes zu verhindern. In diesem Zuge wurden unterschiedliche Szenarien der Ausgestaltung der zukünftigen bilateralen Beziehungen intensiv diskutiert.

Nationale Allianz für Handelserleichterungen

Im Weiteren befasste sich der Ausschuss mit aktuellen Themen der Handelspolitik zu denen nicht nur die Handelsabkommen CETA und TTIP gehören, sondern auch die Einrichtung einer neuen „Nationalen Allianz für Handelserleichterungen“. Diese koordiniert die deutschen Aktivitäten zur Umsetzung der Globalen Allianz zur Umsetzung des WTO-Abkommens zu Handelserleichterungen. Der BGA ist Teil des Steuerungsausschusses der Nationalen Allianz und vertritt darin die Interessen der KMUs. Weitere Mitglieder des Steuerungsausschusses sind der BDI, DIHK, die Unternehmen DHL, Siemens und Dräger Werke. Im Rahmen dieses Prozesses wurden sechs weitere Länder in die Auswahl

für neue Projekte genommen: Brasilien, Argentinien, Ägypten, Indonesien, Südafrika. Zu jedem dieser Länder hat bereits ein größerer Konzern Interesse geäußert, ein mögliches PPP-Projekt umzusetzen. Bei Interesse besteht für BGA-Mitgliedsunternehmen die Möglichkeit, bei einem dieser Projekte mitzuwirken.

Regelung zu Dual-Use-Gütern in der Kritik

Der jüngste Verordnungsentwurf zur Regelung von sogenannten Dual-Use-Gütern bildete ein weiteres Schwerpunktthema der Ausschusssitzung. Bei diesen Gütern handelt es sich traditionell um solche, die sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden können. Auch wenn letztendlich nur ein vergleichsweise geringer Anteil der deutschen Exportgüter in diese Kategorie fällt und einer Ausfuhrgenehmigung bedürfen, sind die Unternehmen unabhängig davon jedoch verpflichtet, die entsprechenden Prüfungen vorzunehmen. Der bürokratische Aufwand und die möglichen Haftungsrisiken fallen damit für die Mehrheit der außenwirtschaftlich aktiven Unternehmen an. Die nun diskutierte massive Ausweitung des Anwendungsbereichs dieser neuen Verordnung stieß bei den Unternehmen auf großes Unverständnis. So sieht die Verordnung nicht nur die Einführung einer extraterritorialen Wirkung der EU-Gesetzgebung vor, sondern insbesondere eine massive Ausweitung auf alle Produkte, die möglicherweise für Menschenrechtsverletzungen und Terroranschläge eingesetzt werden könnten. Dabei nimmt man Abschied von der bewährten Praxis eindeutiger Güterlisten und konzentriert sich auf die Einhaltung nicht bestimmter Rechtsbegriffe, die zum Teil einer politischen Auslegung bedürfen bzw. unterliegen. Während Konsens darüber herrschte, dass die Ein-

haltung von Menschenrechten und die Verhinderung von Terroranschlägen selbstverständlich im Sinne und Interesse der Unternehmen sei, wurde die Instrumentalisierung des Außenhandels sowie die alleinige Verlagerung von Haftungsrisiken auf die Unternehmen jedoch als sehr problematisch eingestuft. Dies spiegelt eine generelle Tendenz im Außenhandel wider. Zuvor hatte der Ausschuss ein entsprechendes Positionspapier zum Thema verabschiedet.

Abschließend befasste sich der Ausschuss mit der zunehmend schwierigen Lage bei der Außenhandelsfinanzierung. Es werde zunehmend beobachtet, dass die stark gestiegenen regulatorischen Anforderungen an die Banken zu einem immer weiter abnehmenden Angebot an Außenhandelsfinanzierungen führen. Dabei setze sich die Spreizung zwischen dem Angebot gegenüber großen und kleinen Außenhandelsunternehmen immer weiter fort.

① Weitere Informationen zu den einzelnen Themen können in der Geschäftsstelle angefordert werden.

[Gregor Wolf]

BGA AKTUELL

BGA: CETA weiterhin Spielball antieuropäischer Politik

„Mit CETA droht ein Vorzeigeprojekt der EU zu scheitern. Das ist nicht nur eine Blamage für Brüssel, sondern für die gesamte europäische Gemeinschaft. Wenn sie es noch nicht einmal schafft, ein Freihandelsabkommen mit dem Land zu schließen, das weltweit der EU am meisten ähnelt, dann ist es um die Handlungsfähigkeit der EU schlecht bestellt. Das Veto hat der Glaubwürdigkeit der EU als internationaler Verhandlungspartner einen irreparablen Schaden zugefügt. Wir müssen dankbar sein, dass wir mit den Kanadiern diesmal einen so verständnisvollen Verhandlungspartner haben. Andere Regionen der Welt würden eine solche Situation sicherlich zu ihrem Vorteil ausnutzen.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börne anlässlich der Verweigerungshaltung der belgischen Region Wallonie, deren Veto dazu geführt hat, dass die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens CETA auf dem heutigen EU-Kanada-Gipfel verschoben werden musste.

„Die unnötige, zusätzliche Ratifizierung von CETA durch sämtliche Mitgliedstaaten und auch noch zum Teil deren Regionalparlamente war ein Fehler. Das hat nicht der Demokratie gedient, sondern nur dazu geführt, ein vorbildli-

ches Abkommen nationalen Befindlichkeiten auszuliefern. Erst haben sich Rumänen und Bulgaren Visaerleichterungen für Kanada erpresst, nun dürfen wir gespannt sein, was die Wallonie wirklich möchte“, so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung vom 27. Oktober 2016

„Wir liefern Qualität“- Abnehmer profitieren von noch engerer Kooperation des Technischen Handels mit der Zulieferindustrie

Auf seiner Jahrestagung 2016 verabschiedeten die Mitgliedsunternehmen im VTH Verband Technischer Handel und 25 Markenhersteller eine Neuausrichtung ihrer Kommunikationsaktivitäten mit dem Claim „Wir liefern Qualität“. Im Mittelpunkt steht dabei der besondere Qualitätsanspruch aller Akteure – hinsichtlich der von ihnen angebotenen Produkte und Dienstleistungen. Mit diesem Alleinstellungsmerkmal und zielgruppengerechten Kommunikationsmaßnahmen will der Technische Handel seine Kunden noch enger an sich binden und von den zahlreichen Vorteilen überzeugen, die die Branche ihren Abnehmern im Vergleich zu fachfremden Händlern und anonymen Internetportalen bietet.

Auf dem Fundament der Neuausrichtung der Marke und des Erscheinungsbildes des Verbandes sowie der Neudefinition der Rolle der assoziierten Markenhersteller als „Qualitätspartner“, verspricht man den Abnehmern und Anwendern, zu denen insbesondere Kunden aus Industrie, Handwerk und Gewerbe sowie öffentliche Bedarfsträger zählen, ein Plus an Effizienz, Know-how und Sicherheit.

„Das neue VTH-Markenzeichen steht für Qualität, das erstklassige Preis-Leistungsverhältnis und die Vielfalt, die unsere Branche allen Abnehmern bietet“, umschrieb der VTH-Vorsitzende Peter Mühlberger das Nutzenversprechen des Technischen Handels. Die Neupositionierung fördere den Marktauftritt der Technischen Händler mit ihren vielfältigen Services und den Marktzugang der Qualitätspartner mit ihren starken Marken. Der Mehrwert und der Leistungsunterschied zu reinen Preiswettbewerbern werde für alle gewerblichen Endverbraucher klar erkennbar.

① VTH-Pressemitteilung (Auszug) vom 23. September 2016

Geschäftsklimaindex im Metallhandel kühlt noch weiter ab

Das Geschäftsklima von Metallrecyclingwirtschaft und Metallhandel hat sich im Verlauf des dritten Quartals 2016 noch weiter abgekühlt. Der VDM-Geschäftsklimaindex ist zu Beginn des vierten Quartals erneut gefallen, außerdem sind die Mitgliedsunternehmen des VDM inzwischen auch mit ihrer aktuellen Geschäftslage weniger zufrieden. Zu Beginn des dritten Quartals hatten sich die Geschäfte noch mehrheitlich positiv entwickelt. Noch immer pessimistisch bewerten die Unternehmen auch ihre konjunkturellen Perspektiven. Dies ist Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Verbandes Deutscher Metallhändler e.V. (VDM)

„Die schlechte Stimmung unserer Branche hat zwei Hauptursachen: Erstens belastet die weiterhin hohe politische Unsicherheit die Einschätzung der Perspektiven. Treibstoff dieser Unsicherheit bleibt die angespannte politische Situation in Europa, mit Brexit, Terrorgefahren und zunehmendem Rechtspopulismus. Es wäre schädlich für die deutsche Exportwirtschaft und damit für den Wohlstand unseres Landes, wenn dies zu mehr Marktabschottung und Protektionismus führen würde. Immer stärker bemerkbar macht sich zudem die Unsicherheit über die Auswirkungen der Konjunkturschwäche in China und die Russlandsanktionen. Die Entwicklung beider Märkte hat merklichen Einfluss auf die Perspektiven unserer Branche.“, so VDM-Präsident Thomas Reuther in Berlin.

① VDM-Pressemitteilung (Auszug) vom 7. Oktober 2016

ARBEIT

Erwerbstätigenquote der 65- bis 69-Jährigen deutlich gestiegen

In Deutschland ist die Erwerbstätigenquote der 65- bis 69-Jährigen zwischen 2005 und 2015 von 6,5 % auf 14,5 % gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden anlässlich des Internationalen Tages der älteren Menschen meldet, hat sich der Anteil der Erwerbstätigen somit mehr als verdoppelt.

① Destatis-Pressemitteilung vom 27. September 2016

AUSSENWIRTSCHAFT

Informationsveranstaltung: Aufbau einer Deutsch-Ostafrikanischen Fachhochschule

Im November 2015 reiste Bundesaußenminister Dr. Steinmeier nach Ostafrika. Im Rahmen seiner Reise sprach er mit verschiedenen Gesprächspartnern über Möglichkeiten zu verstärktem Engagement im Bildungs- und Wirtschaftsbe- reich in der Region.

Ein Großteil der Studiengänge in Ostafrika bildet im Hinblick auf Fächerschwerpunkte und Praxisbezug den Bedarf des Arbeitsmarktes und nationale Entwicklungsprioritäten nicht optimal ab. Es gibt beispielsweise bislang nur wenige Ko- operationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft. Hier können das deutsche Fachhochschulmodell und die Kennt- nisse der deutschen Wirtschaft ansetzen.

Das Auswärtige Amt sieht großes Potential für deutsche Stiftungen und Unternehmen und möchte deshalb gemein- sam mit Stiftungen und Unternehmen, dem DAAD und interessierten Fachhochschulen den bisherigen Stand eines Konzeptes erörtern und weiterentwickeln. Dazu lädt das Auswärtige Amt am 7. November nach Berlin ein.

① Bei Interesse an dem Konzept und einer Teilnahme an der Konferenz im Auswärtigen Amt, wenden Sie sich bitte bis zum 31.10.2016 an Anna Peter (anna.peter@bga.de, 030 59 00 99 497).

UMWELT- UND ENERGIEPOLITIK

Bestellung eines Abfallbeauftragten konterkariert freiwillige Sammlung von Elektroaltgeräten

Die Änderung der Verordnung über Betriebsbeauftragte für Abfall (AbfBeauftragtV) steht kurz vor ihrer Verabschiedung. Dies wird auch für den Handel folgen haben. Denn auch Firmen, die Transport- oder Verkaufsverpackungen, Elektro- altgeräte, oder Fahrzeug- und Industriebatterien zurück- nehmen, müssen unter Umständen einen Abfallbeauftrag- ten bestellen. Bei den Verpackungen konnte eine Mengenschwelle von 100 Tonnen bei Transportverpackungen und Verkaufsverpackungen aus nicht privaten Haushalten er- reicht werden. Bedeutsam dürfte auch die Bestellung eines Abfallbeauftragten sein, wenn Elektroaltgeräte gem. Elekt- roG zurückgenommen werden müssen. Dies betrifft die Rücknahmepflicht für den Handel. Denn auch wenn Elekt-

roaltgeräte freiwillig zurückgenommen werden, müssen Händler einen Abfallbeauftragten bestellen, wenn der Schwellenwert von 100 Tonnen nicht gefährlicher Abfälle pro Jahr bzw. 2 Tonnen gefährlicher Abfälle pro Jahr überschreitet. Da aber Elektroaltgeräte als gefährlicher Abfall im Sinne der Abfallverzeichnisverordnung einzustufen sind, gilt hier die Mengenschwelle von 2 Tonnen pro Jahr. Wie bisher kann bei mehreren Betrieben (Filialen) ein gemeinsamer, betriebsangehöriger Abfallbeauftragter bestellt werden. Konzerne können darüber hinaus auf Antrag die Bestellung eines Abfallbeauftragten für den Konzern erlaubt werden. Auch ist auf Antrag die Bestellung eines externen Abfallbeauftragten möglich. Abfallbeauftragte genießen besonderen Kündigungsschutz und müssen sich fortbilden. Außerdem müssen sie zuverlässig sein und eine gewisse Fachkunde aufweisen. Bei den Abfallbeauftragten wurde noch über den Wirtschaftsausschuss des Bundesrates versucht, eine handelsfreundliche Lösung einzubringen, bekam dafür aber nicht die notwendige Mehrheit. Da der Bundesrat noch einige Änderungen gefordert hat, muss sich die Bundesregierung erneut mit der Verordnung befassen. Ob der Gesetzgeber mit diesen Verschärfungen weiterhin Händler animieren kann, freiwillig Elektroaltgeräte zurückzunehmen, wird sich zeigen. Erleichtert hat man es ihnen auf alle Fälle nicht.

[Michael Faber]

AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

NMI: Neue Homepage und Wechsel bei Vice-Chairmen

Innerhalb der Vice-Chairmen der NMI hat es eine Personalveränderung gegeben. Nach dem Ausscheiden von Dr. Hans Christoph Atzpodien aus dem operativen Geschäft bei thyssenkrupp, übernimmt Jens Michael Wegmann die vom BDI zu besetzende Vice-Chairman-Position im NMI-Vorstand. Wegmann ist Bereichsvorstand der Business Area Industrial Solutions thyssenkrupp und hat das Amt des NMI Vice-Chairman mit sofortiger Wirkung übernommen.

Weiter hat die NMI ihren Internetauftritt überarbeitet. Sie finden die neue Internet-Präsenz der Nordafrika Mittelost Initiative in Kürze unter www.nordafrika-mittelost-initiative.de

Die Nordafrika Mittelost Initiative der deutschen Wirtschaft (NMI) stärkt als Sprachrohr der deutschen Wirtschaft in Deutschland und in der MENA-Region den Auf- und Ausbau der bilateralen Geschäftsbeziehungen. Sie gestaltet die inhaltliche Diskussion zu Potenzialen und Herausforderungen in den Bereichen Handel und Investitionen und kommuniziert die wirtschaftspolitischen Interessen deutscher Unternehmen in Bezug auf die MENA-Region. Dabei unterstützt sie u. a. Reisen der Bundesregierung mit Wirtschaftsdelegationen in die Region und tritt für den Abbau von Handels- und Investitionsschranken in der Region und in der EU ein.

① Neben dem BGA sind BDI, DIHK, Afrika-Verein und Bankenverband Trägerverbände der NMI.

[Sebastian Werren]

BGA »DIREKT-SERVICE«

Bitte per Fax an 030 590099-519

Bitte senden Sie mir folgende Dokumente per E-Mail an unten stehende Adresse:

Themen des BGA-Außenwirtschaftsausschusses

Zitat der Woche

»Die Sicherheit in Europa ist nur mit Russland möglich. Das klare Bekenntnis zur Solidarität mit unseren Bündnispartnern und die ausgestreckte Hand zum Dialog, das sind keine Gegensätze, das gehört untrennbar zusammen.«

Angela Merkel, Bundeskanzlerin (CDU)

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 28. Oktober 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich